

dürfen nicht vernachlässigt werden. Die Eltern sollten zur Übung der abendlichen Gewissensforschung und der wöchentlichen Beichte anhalten. Das Kind, das am Ende jedes Tages seine Gedanken, seine Worte und seine Werke überdenkt, um herauszufinden, was Gott nicht wohlgefällig gewesen ist, wird allmählich ein inniges Gefühl für die Ansprüche entwickeln, die Gott an sein Leben stellt. Die Übung der wöchentlichen Beichte lehrt es, sich bewußt zu machen, wie es seine Zeit und seine Begabung mißbraucht hat. Sie vertieft in ihm jenes Gefühl, daß es Gott Rechenschaft ablegen muß, welches notwendig ist, wenn es die richtige Reue für seine Verfehlungen empfinden und die richtigen Vorsätze zur Besserung fassen soll.

#### IV. Der Sinn für den Auftrag des Menschen

Dadurch daß das Kind lernt, daß es Gott für den Gebrauch seiner Zeit und seiner Gaben Rechenschaft ablegen muß, wird es nicht nur ein Verantwortungsgefühl, sondern auch das Gefühl für einen Auftrag in der Welt erwerben. Denn die religiöse Unterweisung wird es daran erinnern, daß sein zukünftiges Glück sich nicht dadurch erfüllt, daß es seinen selbstsüchtigen Wünschen nachgibt, sondern daß es seine ganze Persönlichkeit dem Dienste Gottes widmet. „Ich bin gekommen, um den Willen dessen zu tun, der mich gesandt hat.“ Dies muß das Schlüsselwort für die Aufgabe des Kindes in dieser Welt werden. Der Wille Gottes muß ihm allmählich wichtiger werden als jede persönliche Rücksicht. Nur wenn es diese Wahrheit sich aneignet, wird es ihm gegeben werden zu sehen, wie alle Dinge, selbst Enttäuschungen und Rückschläge, im Dienste Gottes zum Guten gewendet werden können.

Da nicht jeder dazu berufen ist, Gott in derselben Weise oder in derselben Stellung zu dienen, muß auf die Anleitung des Kindes zur Berufswahl große Sorgfalt verwendet werden. Die Ziellosigkeit seiner Ausbildung wird es sonst ohne ständige Richtung für seine Talente und Fähigkeiten lassen. Die Eltern und Lehrer müssen

ihm helfen, einen Beruf zu wählen und zu verfolgen, für den es geeignet ist und in dem es Gott am besten dienen kann. Ein tieferes Bewußtsein des Kindes für seinen Auftrag in diesem Leben wird viel dazu beitragen, jene empörende Verschwendung von Zeit und Kraft zu beseitigen, die in so vielen Fällen heute seine Ausbildungsjahre charakterisiert und es später verhindert, seine volle Rolle im bürgerlichen Leben zu spielen.

Unter den Knaben und Mädchen unseres Vaterlandes hat Gott einige dazu bestimmt, das Werk seiner Kirche für die Rettung der Seelen weiterzuführen. Diesen hat er einen religiösen Beruf gegeben, und hier wird in der Tat an die Großmut der amerikanischen Eltern ein höherer Anspruch gestellt. Wenn sie ihrem Kinde aufrichtig eingepreßt haben, daß es seine Lebensaufgabe ist, Gottes Willen zu tun, so müssen sie auch den Wunsch haben, mit diesem Willen zusammenzuwirken und zu seiner Erfüllung beizutragen. Gottes Ansprüche stehen über jeder menschlichen Rücksicht. Wenn er das Kind in seinen besonderen Dienst ruft, so dürfen die Eltern nicht vor dem Opfer zurückschrecken, das ihnen eine solche Berufung häufig auferlegt. Der Schmerz, daß das häusliche Band zerrissen wird, wird mehr als aufgewogen durch die geistliche Freude, die diejenigen haben, die im Weinberg des Herrn arbeiten.

Wenn wir hier die oberste Bedeutung der Religion für die geistliche Entwicklung des Kindes betonen, so wenden wir nur die ewigen Grundsätze, welche die Kirche von ihrem göttlichen Gründer empfangen hat, auf die heutigen Zeitumstände an. 1900 Jahre lang hat die Kirche liebevoll die Worte Christi für das Kind bedacht: „Lasset die Kleinen zu mir kommen und wehret es ihnen nicht, denn ihrer ist das Himmelreich.“ Alle, denen die Sorge für das Kind anvertraut ist, sollten erkennen, was dieses Wort enthält. Ihre große Aufgabe ist es, dem Kinde zu zeigen, daß es ein Bürger nicht nur dieser Welt ist, sondern jener Welt, die im Jenseits bei Gott liegt, dessen Reich das Reich der Kinder ist.

---

## Die Kirche in den Ländern

### Jerusalem

#### *Die letzten hundert Jahre*

Es ist etwas Seltsames, daß an den heiligen Orten dieser Welt, sei es in Lhasa oder Mekka, Rom oder Jerusalem, neben dem Heiligen auch das Unheilige lebt. Beide treten an solchen Orten in ihrer stärksten Form auf, und es scheint ein noch unbekanntes Gesetz für diese Erscheinung zu geben. Auch in der Geschichte Jerusalems, soweit sie uns bekannt ist, ist es wohl immer so gewesen. So ist es denn zu verstehen, daß auch die Geschichte des „christlichen“ Jerusalem nicht immer eine heilige war. Es scheint, daß der Begriff der politischen „Einflußsphäre“ öfter das Motiv zu kleinen oder großen „Kreuzzügen“ gewesen ist als die heiligen Stätten. In den letzten hundert Jahren, bis zum ersten Weltkrieg, war es Frankreich, das sich der christlichen In-

teressen im Heiligen Lande annahm; Frankreich war Schirmherr der katholischen Kirche in der Levante, so wie es Rußland gegenüber der griechisch-orthodoxen war. Es ist klar, daß die Interessen der beiden Staaten nicht immer die frömmsten waren. Oft scheint die Interventionsmöglichkeit wichtiger als das Objekt, nämlich die Interessen der beiden Kirchen, gewesen zu sein. Besonders während jener hundert Jahre wurde von diesen beiden Kirchen, und selbstverständlich auch seitens der protestantischen Kirchen, eine Unmenge religiös-caritativer Institutionen ins Leben gerufen. Auch hier dürfte nicht immer die Caritas, sondern die willkommene Möglichkeit der geistigen Kolonisation, welche insbesondere mit Hilfe von Schulen durchgeführt wurde, von Wichtigkeit gewesen sein. Hauptbeteiligte waren bis zum ersten Weltkrieg zuerst Frankreich und Rußland und dann auch Italien und Deutschland, welche ja beide ein gewisses Interesse an der Levante hatten.

Die Beziehungen zwischen „Ost“ und „West“ hatten, was den Glauben anbetrifft, auch damals schon die Form eines kalten Krieges angenommen. Aber auch innerhalb der römischen Kirche waren die Beziehungen zwischen den „nationalen“ Häusern keineswegs vorbildlich.

Nach der Übernahme des Mandats für Palästina durch die Engländer übernahm England die Rolle Rußlands, das ja durch die Revolution ausgeschieden war. Nach dem zweiten Weltkrieg schied Deutschland und Italien als Faktoren aus, Frankreich blieb in seiner ehemaligen Position sehr geschwächt.

#### *Das Projekt der Internationalisierung von 1947*

Als im November 1947 die Vollversammlung der UNO beschloß, Palästina in zwei autonome Staaten zu teilen, nämlich einen jüdischen und einen arabischen, beschloß sie gleichzeitig einen autonomen Stadtstaat mit internationaler Regierung, ähnlich wie Tanger, in Jerusalem und Umgebung zu schaffen. Dieser Staat wurde hauptsächlich auf Wunsch der interessierten Kirchen ins Leben, d. h. aufs Papier gerufen. Es handelte sich um ein Gebiet von ca. 100 qkm, Jerusalem und Umgebung einschließlich Bethlehem.

Die Vertreter der Juden Palästinas haben damals diesem Statut für Jerusalem sowie dem ganzen Teilungsplan zugestimmt. Die Araber verwarfen den Beschluß der UNO vollständig. Die Beweggründe der Juden waren äußerst einfach: Die Umgebung Jerusalems war fast ausschließlich von Arabern besiedelt, und im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung, die bereits abzusehen war, wäre es ihnen unter diesen Umständen unmöglich gewesen, die Stadt gegen einen Angreifer, der wenigstens damals in der Übermacht war, zu verteidigen. Auch mag dabei der Wunsch mitgespielt haben, die „christliche Welt“ davon zu überzeugen, daß die Interessen der verschiedenen Kirchen gewahrt werden würden.

Die Entwicklung der letzten drei Jahre in Palästina hat sämtliche Voraussetzungen des Jahres 1947 umgeworfen. Die arabischen Mächte respektierten den Beschluß der UNO in keiner Weise. Die UNO ließ den Jerusalem-Beschluß auf dem Papier, und die Juden haben den jüdischen Teil Jerusalems, d. h. die Neustadt, gegen die Übermacht des Belagerers halten, ja sogar einen „Korridor“ zum westlichen Gebiet des Staates Israel herstellen können. Es ist klar, daß sich damit auch die Einstellung der Regierung Israels geändert hat. Schon im Sommer 1948 machte sie kein Hehl daraus, daß an eine Internationalisierung Jerusalems nicht mehr zu denken sei.

#### *Heutiger Zustand in der Stadt*

Die Altstadt Jerusalems und ihre Umgebung befindet sich in den Händen der arabischen Legion, der Armee König Abdullahs von Transjordanien. Auch er will einer Internationalisierung nicht zustimmen. Jerusalem gefällt ihm zu gut, und die Möglichkeit, seine Residenz eines Tages vom Beduinendorf Amman nach Jerusalem verlegen zu können, ist zu verlockend. Seine Ansprüche auf die Stadt sind lediglich auf Faustrecht gegründet. Das „Fait accompli“, vor allen Dingen das militärische, ist schließlich im Orient, wie überall, das letzte und beste Argument. Erst vor einigen Wochen erklärte König Abdullah (seit er einen Teil Palästinas westlich

des Jordans annektierte: König von Jordanien), daß Jerusalem nur „über seine Leiche“ (wörtlich) international werde.

Es hat sich unterdessen wenig geändert: Die Israelregierung hat Jerusalem zur Hauptstadt des Staates Israel erklärt. Die UNO hat noch einmal beschlossen, Jerusalem zu internationalisieren, und diesen Beschluß dem „Trusteeship council“ zur Durchführung übergeben. Dieser faßte erneut Beschlüsse, schuf ein neues Statut für Jerusalem und legte dieses zu den übrigen Akten, da man auch dort ein *Fait accompli* zu schätzen weiß.

Es ist verständlich, daß eine Stadt, die von zwei Regierungen beansprucht wird, welche jede über eine ansehnliche Armee verfügt, nicht ohne weiteres einem dritten, unbewaffneten Beansprucher ausgeliefert wird.

Jede der zwei Parteien, Juden wie Araber, hat eine Unmenge von Gründen, und zum Teil berechtigten Gründen, gegen die Internationalisierung Jerusalems angeführt. Der Hauptgrund der jüdischen Ablehnung war der, daß die UNO ihre Unfähigkeit, die jüdischen Bewohner der Stadt im Falle einer erneuten Aggression zu schützen, bewiesen habe. Dazu noch der, daß Jerusalem ja schon immer die Hauptstadt Israels gewesen sei, und ein Israel ohne Jerusalem undenkbar wäre.

#### *Die Haltung der Religionsgemeinschaften: die katholische Kirche*

Die verschiedenen Religionsgemeinschaften, die Interessen in Palästina wahrzunehmen haben, haben zur Frage der Internationalisierung Jerusalems verschiedene Stellungen eingenommen. An der Spitze jener, die eine solche wünschen, stand immer die katholische Kirche. Ihre verschiedenen Wortführer und Organe behaupteten, und zwar zum großen Teil zu Recht, daß zur endgültigen Befriedung der Stadt, zum Schutze der heiligen Stätten, zum Schutze der freien Glaubensbekennung und der religiösen Institutionen ein internationales Statut unerläßlich sei. (Tendenziöse Meldungen, die besagten, Papst Pius XII. sei letzthin von der Forderung der Internationalisierung Jerusalems abgewichen, sind im *Osservatore Romano* und im Blatt der Katholischen Aktion in Italien „*Il Quotidiano*“ ausdrücklich demontiert worden.)

#### *Die protestantischen Kirchen*

Der Großteil der protestantischen Kirchen und Sekten hat sich gegen die Internationalisierung ausgesprochen; zum Teil aus rein politischen Erwägungen, indem sie jeweils die Politik ihrer Mutterländer, hier hauptsächlich Englands und Amerikas, vertreten, und zwar nicht immer ganz freiwillig. Zudem glaubten sie, daß die beiden Staaten Israel und Jordanien genügend Garantien für eine „Religionsfreiheit“ — sie ist im Orient immer eine leere Phrase geblieben — böten.

Den Protestanten ist der Begriff „Heilige Stätten“ immer fremd geblieben. Ja es haftet diesem Worte in protestantischen Ohren derselbe Klang an wie etwa dem Wort Heiligenverehrung. Dazu kam die Furcht, daß Jerusalem eine katholische Stadt werden könnte, ja müßte, und daß damit ein nur allzu beliebtes Missionsfeld für sie verloren gehen würde. Man darf diese Furcht nicht unterschätzen. Jede der Kirchen und Sekten unterhält, soweit es nur möglich ist, eine Missionsstation in Palästina, und zwar möglichst in Jerusalem. Obwohl als

Missionsfeld lange nicht so fruchtbar wie China oder Zentralafrika, liefern diese Missionsstationen doch ein Propagandamaterial, das sehr geeignet ist, Gläubige, besonders in Amerika, zu Geldspenden zu bewegen. Von solchen Einnahmen kann dann oft noch eine andere, wenn nicht mehrere Stationen unterhalten werden.

#### *Die orthodoxe Kirche*

Die griechisch-orthodoxe Kirche und mit ihr die übrigen Ostkirchen haben sich nur sehr vorsichtig, wenn überhaupt, geäußert. Die griechisch-orthodoxe Kirche war in Palästina, so wie überall, immer von der jeweiligen Regierung abhängig. So darf man denn sicher sein, daß sie nichts unternehmen wird, was der Regierung Jordaniens oder Israels nicht angenehm sein könnte.

Als im Herbst 1949 die Vollversammlung der UNO wiederholt die Internationalisierung Jerusalems beschloß, bildete sich bei der Abstimmung eine höchst eigenartige, ja nie dagewesene Koalition, die für den Beschluß stimmte: die katholischen Staaten mit Frankreich an der Spitze, der islamische Block und die Volksdemokratien. Die katholischen Interessen sind eindeutig. Die islamischen Staaten wünschen Jordanien, den einstigen Verbündeten, der in Ungnade fiel, zu schädigen. Der Sowjetblock allerdings hatte recht eigene Gründe.

#### *Sowjetrussische Interessen*

Die Russen haben von jeher nichts zu tun unterlassen, was zur allgemeinen Unruhe im vorderen Orient beitragen könnte. Eine Spaltung zwischen Abdullah und der Arabischen Liga war also das Günstigste, was man im Moment fördern konnte. Aber das dürfte noch lange nicht alles gewesen sein. Wie schon vorher erwähnt, hatte die russische Kirche unter dem Protektorat des Zaren bzw. seiner Familie ziemlich umfangreichen Grundbesitz im Heiligen Lande erworben. Nach der Revolution in Rußland beanspruchte die Sowjetregierung diesen Kirchenbesitz für sich, da es sich hier um Eigentum des russischen Staates handle. Die englische Mandatsregierung hat diese Ansprüche nie anerkannt. Die neue israelische Regierung allerdings sprach, möglicherweise unter dem Druck der Verhältnisse, diese Güter der Sowjetregierung zu. Der Klerus, soweit er in Israel verblieb, wurde gleichgeschaltet, und ein Archimandrit wurde aus Moskau gesandt, um nach den Rechtgläubigen zu sehen.

Mitten im Stadtzentrum, in der jüdischen Zone, gibt es einen „russischen Platz“: einen für Jerusalem sehr großen Gebäudekomplex inclusive einer Kathedrale und großer Pilgerheime. Die englische Mandatsregierung hatte einen Großteil der Gebäude gemietet und dort einen Teil ihrer Verwaltung untergebracht. Die israelische Regierung hat dann diese Gebäude automatisch übernommen und unter anderem auch ihre Gerichte dort untergebracht.

Am 7. November 1949 feierte der russische Klerus den Tag der russischen Revolution in der Kathedrale und hißte auch auf dem Gebäude des Obersten Gerichtshofes in Israel eine rote Fahne. Es soll dann einen Notenwechsel zwischen der Regierung und der sowjetischen Gesandtschaft in Tel-Aviv gegeben haben. Bei dieser Gelegenheit wurde der israelischen Regierung erklärt, daß die fraglichen Gebäude, wenn auch vermietet, so doch Besitz der Sowjetregierung seien. Es ist nicht

schwer, aus diesem, wenn auch harmlosen Zwischenfall die Absichten der Sowjetregierung in Jerusalem zu erkennen. Heute stehen sich in Jerusalem zwei Armeen gegenüber, getrennt durch einen Stacheldraht, Schützengräben und einen Waffenstillstandsvertrag. Es besteht also immer die Gefahr, daß die friedlichen Zustände von heute plötzlich ein Ende finden könnten, denn auf beiden Seiten gibt es Elemente, die im Kriege noch eine heroische Tat sehen.

Die Stadt selbst ist geteilt, und es ist oft schwerer, von der jüdischen „Zone“ in die arabische zu gelangen, als von einem der beiden Teile nach Europa zu reisen. Zudem sind beide Teile in der Gewährung des freien Zugangs zu den heiligen Stätten, von dem ja immer wieder die Rede ist, weiter und weiter abgerückt. Von einem freien Zugang kann heute in keiner Weise die Rede sein.

#### *Dringlichkeit der Internationalisierung*

Es wäre eigentlich durch diese Tatsachen genügend Grund gegeben, der Stadt wirklich ein internationales Statut zu geben, um sie der Welt zu erhalten. Jerusalem ist schließlich Heiligtum dreier Religionen und nicht nur eine nationale Hauptstadt.

Es ist immer wieder die Rede davon, daß die Bevölkerung der Stadt ein internationales Regime nicht wünsche. Das ist nicht ganz richtig. Gewiß ist ein Gutteil der jüdischen Bevölkerung heute so national gesinnt, daß sie eine nicht israelische Regierung bereits als Fremdherrschaft ansehen würde. Die arabische Bevölkerung aber dürfte in keiner Weise gegen ein internationales Statut sein, da sie wirtschaftlich davon nur profitieren würde (wie übrigens die jüdische Bevölkerung auch). Man darf nicht vergessen, daß das Statut der UNO eine „Jerusalem“-Regierung vorsieht, d. h. die Verwaltung des Staates würde in den Händen der Bevölkerung liegen. Lediglich die Kontrolle über die Wahrung des Statuts würde von der UNO ausgehen.

Schließlich würde die Internationalisierung, wenn sie jemals durchgeführt werden sollte, beweisen, daß der Mensch nicht nur unter einer nationalen Fahne glücklich und in Frieden leben kann. In Jerusalem würde sie zum Beweis der Möglichkeit einer Völkerverständigung werden.

Heute läßt sich unmöglich sagen, ob die Pläne der UNO jemals verwirklicht werden können. Auch die jetzige Vollversammlung, welcher wiederum neue Pläne unterbreitet werden, wird wahrscheinlich keine befriedigende Lösung, d. h. eine solche, die sich verwirklichen läßt, finden. Ob Jerusalem jemals eine Stadt des Friedens wird, ist höchst unsicher. Aber immerhin besteht noch die Hoffnung, daß sich irgendwann auch in Jerusalem die Vorbedingungen durchsetzen werden, die zur Erhaltung des Friedens notwendig sind.

## **Die Lage in China**

Es scheint, als habe China plötzlich das Geschick der Menschheit in Händen. Wenn wir die Welt in zwei „Blocks“ gespalten sahen, so meinten wir bis vor kurzem mit dem „Block der westlichen Welt“ die Vereinigten Staaten von Amerika und, an sie angelehnt, die Länder Westeuropas, mit dem „Block der östlichen Welt“